

Schwerin, 25. März 2020

Heinrich-Mann-Str. 18
19053 Schwerin
T. + 49 385 - 55 54 97
F. + 49 385 - 550 74 13
info@vbe-mv.de
www.vbe-mv.de

Abiturfrage muss bundesweit einheitlich geregelt werden!

„Gerade in der jetzigen schwierigen Situation zeigt sich wieder einmal der Flickenteppich des föderalen Bildungssystems Deutschlands. Das ist im Sinne der Schülerinnen und Schüler, die kurz vor dem Abitur stehen, derzeit nicht hinnehmbar.“, unterstreicht der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Michael Blanck, bezüglich der Problematik des diesjährigen Abiturs. Der VBE fordert bundesweit einheitliche Regelungen, ob Prüfungen geschrieben werden oder nicht. „Es kann nicht sein, dass einzelne Länder vorsehen und Tatsachen schaffen. Wir erwarten gerade in dieser Zeit, dass die Kultusminister*innen sich schnellstens verständigen, wie wir mit diesem Abiturjahrgang einheitlich verfahren. Das sind wir alle den Schülerinnen und Schülern schuldig.“, so der VBE-Chef weiter. Aus Sicht des VBE reicht es eben nicht, wenn die Länder vereinbaren, dass man das Abitur gegenseitig anerkennt. Blanck: „Anfang der 90er Jahren haben die Länder auch vereinbart, dass man die Abschlüsse der DDR-Lehrkräfte gegenseitig anerkennt. Die Folge war allerdings, dass dann Lehrkräfte aus den östlichen Ländern, wenn sie in ein westliches Land wechselten, häufig noch ein Referendariat nachholen mussten, um gleichgestellt zu sein. Und das droht uns dann wieder, wenn wir Abiturienten mit und ohne Prüfungen haben.“

Letztendlich entscheiden dann die Hochschulen vor allem in den Studienfächern mit einem numerus clausus, wen sie dann zum Studium zulassen. Und das Ergebnis kann man jetzt schon vorhersehen, wenn es unterschiedliche Abschlüsse gibt. Auch eine Verschiebung weit in den Sommer sieht der VBE mehr als kritisch. Zum einen laufen dann schon die Bewerbungsfristen für bestimmte Studiengänge und zum anderen haben dann vor allem die Länder ein Problem, die früh in die Sommerferien gehen. Dazu gehört eben auch Mecklenburg-Vorpommern. Sollte absehbar sein, dass die Schulen am 20. April nicht wieder öffnen, muss sofort klar sein, wie dieser Abiturjahrgang auch ohne Prüfungen sein Abitur bekommt. Und selbst dann, wenn die Schulen wieder öffnen und die Prüfungen geschrieben werden, muss abgesichert sein, was mit den Abiturienten der Schulen passiert, die aufgrund eines Infektionsfalles wieder schließen müssen. Der VBE fordert die Kultusminister*innen auf, jetzt Klarheit zu schaffen. „Sehen Sie dabei über den Tellerrand! Stellen Sie die Engstirnigkeit des Bildungsföderalismus hinten an! Stellen Sie sich ganz einfach vor, ihre Tochter, ihr Sohn macht das Abitur in einem anderen Bundesland. Und handeln Sie danach, was Sie sich jetzt für ihr Kind in der Situation wünschen. Wenn Politiker in dieser schweren Zeit den Zusammenhalt der Gesellschaft einfordern, sollten sie mit gutem Beispiel auch in dieser wichtigen Frage mit gutem Beispiel voran gehen.“, so Blanck in Richtung der Bildungsminister*innen.

Der VBE verweist allerdings auch darauf, dass bei aller Diskussion um das Abitur die Abschlüsse der Mittleren Reife und an den Berufsschulen nicht vergessen werden dürfen.

Der VBE ist eine der beiden großen Lehrerorganisationen in Deutschland. Er vertritt ca. 140 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.